FDP
Kanton Aargau

FDP.Die Liberalen Aargau
Geschäftsstelle
Laurenzenvorstadt 79
Postfach
CH-5001 Aarau

+41 (0)62 824 54 21
www.fdp-ag.ch
info@fdp-ag.ch
fdp.aargau
fdp_ag

Aarau, 25. November 2026

Medienmitteilung

Veränderte Sicherheitslage: FDP fordert sicherheitspolitische Standortbestimmung für den Aargau

Sicherheit beginnt mit der richtigen Vorbereitung

Mit sieben Vorstössen verlangt die FDP Aargau eine umfassende Überprüfung der sicherheitspolitischen Vorsorge und Handlungsfähigkeit des Kantons. Im Zentrum stehen der Schutz kritischer Infrastrukturen, die Einsatzbereitschaft der Sicherheitsorganisationen, die Bekämpfung organisierter und struktureller Kriminalität sowie die Vorbereitung auf Krisen und ausserordentliche Ereignisse.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa und damit auch die Bedrohungslage für die Schweiz haben sich deutlich verändert. Cyberangriffe, Sabotage, Drohnenvorfälle, Spionage und Desinformation stellen neue Anforderungen an die innere Sicherheit. Die FDP ist überzeugt, dass der Kanton diesen Entwicklungen vorausschauend begegnen muss. Mit sieben am 24. November 2026 eingereichten Vorstössen fordert sie deshalb eine umfassende sicherheitspolitische Standortbestimmung.

Handlungsfähigkeit in Krisen sicherstellen
Ein Postulat verlangt eine Überprüfung der Fähigkeiten und Ressourcen von Kanton und Gemeinden. Insbesondere soll geklärt werden, ob Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz und weitere Krisenorganisationen auch bei mehreren gleichzeitigen Ereignissen oder länger andauernden Krisenlagen einsatzfähig bleiben. Dabei sind die personelle Verfügbarkeit, Mehrfachfunktionen im Milizsystem und die Abhängigkeit von Unterstützung durch Bund und Armee zu berücksichtigen.

«Wir müssen wissen, ob der Kanton Aargau auch dann handlungsfähig bleibt, wenn mehrere Ereignisse gleichzeitig eintreten oder eine Krise über Wochen andauert. Es darf nicht selbstverständlich davon ausgegangen werden, dass der Bund oder die Armee jederzeit sämtliche benötigte Unterstützung leisten können», erklärt Titus Meier, Grossrat aus Brugg.

Kritische Infrastrukturen wirksam schützen
Mit zwei Vorstössen fordern die Freisinnigen eine Überprüfung des Schutzes und der Überwachung kritischer Infrastrukturen. Dazu gehören insbesondere Anlagen der Energie- und Wasserversorgung, Kommunikationsanlagen und wichtige Verkehrsverbindungen. Zu klären ist, ob diese ausreichend gegen physische Angriffe, Cyberattacken, Drohnen und Sabotage geschützt sind und wo zusätzliche Massnahmen notwendig werden. Auch die Zusammenarbeit mit privaten Betreibern und den Gemeinden soll überprüft werden.

«Der Aargau beherbergt zahlreiche Anlagen von nationaler Bedeutung. Ein gezielter Angriff oder ein längerer Ausfall kann weitreichende Folgen haben. Wir müssen wissen, welche Anlagen besonders gefährdet sind und wo wir unsere Sicherheitsvorkehrungen verstärken müssen», betont Norbert Stichert, Grossrat aus Untersiggenthal.

Schutzräume und Notfalltreffpunkte überprüfen
Zwei weitere Interpellationen befassen sich mit der Schutzrauminfrastruktur und den Notfalltreffpunkten. Die FDP will wissen, ob genügend Schutzplätze vorhanden, diese bezugsbereit und auch tagsüber für die Bevölkerung erreichbar sind. Zudem sollen die Bedeutung einfacher Unterstände und die Verfügbarkeit geschützter Führungs- und Sanitätsinfrastruktur geklärt werden.

Bei den Notfalltreffpunkten stehen deren Bekanntheit, die Erreichbarkeit für Personen ausserhalb ihrer Wohngemeinde und die Einsatzbereitschaft im Zentrum. Insbesondere soll überprüft werden, ob die Übergabe des Betriebs von der Feuerwehr an den Zivilschutz in der Praxis funktioniert.

«Notfalltreffpunkte und Schutzräume nützen nur, wenn sie im Ernstfall tatsächlich verfügbar sind und die Bevölkerung weiss, wo sie Hilfe findet. Deshalb müssen wir nicht nur die Anzahl, sondern auch die Einsatzbereitschaft dieser Einrichtungen überprüfen», sagt Bruno Tüscher, Grossrat aus Münchwilen.

Alarmierung und Kriminalitätsbekämpfung stärken

Eine Interpellation thematisiert die geplante Neuordnung der Bevölkerungsalarmierung durch den Bund. Die FDP verlangt Klarheit über die finanziellen und organisatorischen Folgen für Kanton und Gemeinden. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die Alarmierung und die anschliessende Information der Bevölkerung auch bei Stromausfällen, Cyberangriffen oder länger dauernden Krisen funktionieren. Besonderes Augenmerk gilt dem Umgang mit Desinformation und gezielten Falschmeldungen.

Schliesslich fordert ein Postulat eine Überprüfung der kantonalen Strukturen zur Bekämpfung organisierter und struktureller Kriminalität. Dabei geht es um ausreichende Ressourcen und spezialisierte Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden sowie die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz künstlicher Intelligenz bei der Kriminalitätsbekämpfung.

Vorausschauende Sicherheitspolitik statt Reaktion auf Krisen

Mit ihren sieben Vorstössen will die FDP eine fundierte Standortbestimmung erreichen. Bestehende Gefährdungsanalysen und Sicherheitskonzepte sollen auf ihre Aktualität und Praxistauglichkeit überprüft werden. Wo Lücken bestehen, sind konkrete Massnahmen und deren personelle, organisatorische und finanzielle Auswirkungen aufzuzeigen.

Ziel ist ein Kanton Aargau, der seine Bevölkerung auch unter veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen schützen und seine Handlungsfähigkeit in Krisen gewährleisten kann. Sicherheit setzt vorausschauende Planung, ausreichende Ressourcen und funktionierende Strukturen voraus.

Weitere Auskünfte:
Dr. Titus Meier, Grossrat, Leiter Ressort Bildung, Kultur und Sport, Einwohnerrat Brugg, Tel. 079 768 85 12
Norbert Stichert, Grossrat, Gemeinderat Untersiggenthal, Tel. 079 261 19 24
Bruno Tüscher, Grossrat, Gemeindeammann Münchwilen, Tel. 076 499 88 60